



## Chronik des Tages.

In Köln begann am Sonntag unter starker Teilnahme der 34. Deutsche Juristentag. Reichsjustizminister Dr. Bell hielt eine längere programmatische Rede. Reichsstaatskanzler Dr. Marx und Oberpräsident Dr. Fuchs hatten schriftlich in warmen Worten ihrem Bedauern Ausdruck gegeben, nicht anwesend sein zu können.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat von Genf aus am Sonntag einen Automobilausflug nach Chamounix unternommen.

Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat seinen Urlaub angetreten, der Mitte Oktober beendet ist.

Die Ausbreitung der Typhusepidemie in Hannover ist besorgniserregend. Die Zahl der Erkrankten hat sich auf 637 erhöht. Die Zahl der Verstorbenen beträgt 13.

In Paris herrscht Erregung über die Rede Mussolinis anlässlich des Attentats. Der römische Polizeipräsident ist im Zusammenhang mit dem Attentat seines Amtes enthoben worden.

## „Am die Seele des Volkes.“

In dem mit den Farben der deutschen Länder geschmückten Großen Gürzenich-Saale in Köln wurde am Sonntag von Senatspräsident, Universitätsprofessor Dr. Bieruzowski-Köln der 34. Deutsche Juristentag eröffnet. Unter dem Ehrengästen befanden sich Kardinal-Erzbischof Dr. Schulte, Reichsjustizminister und Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Bell, zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsministerien aller Länder und der freien Städte, Vertreter der deutschen juristischen Vereinigungen in Deutsch-Oesterreich und der Tschechoslowakei und schließlich Vertreter der Universitäten Köln, Bonn und Jena. Zum Vorsitzenden des Juristentages wurde wiederum Geh. Justizrat Dr. Kahl, W. d. R., Berlin, gewählt. In einer kurzen Ansprache dankte er den deutschen Volksgenossen am Rhein für die Treue, die sie in schwerer Zeit dem Vaterlande gehalten haben und begründete besonders herzlich die Deutschen aus den noch besetzten Gebieten am Rhein und an der Saar. Er verband damit den ersten Appell nicht im Namen der auswärtigen Politik, sondern im Namen des ewigen heiligen Rechtes, doch endlich das Recht zu seinem Rechte kommen zu lassen, daß endlich die Einigung gefunden werde zwischen Rechtsansprüchen und persönlichem Gesetze, in dem sich die Weiterentwicklung der Weltgeschichte vollziehen sollte.

Nach einem Willkommensgruß des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Udenauer ergriff der Reichsminister der Justiz, Dr. Bell, das Wort zu längerer Ausführungen. Er wies darauf hin, daß genau vor einem Jahrhundert, als Preußen und die anderen deutschen Länder unter den verheerenden Wirkungen der napoleonischen Kriege unsagbar litten, der berühmte Rechtslehrer von Savigny in einer epochenmachenden Schrift die grundlegende Frage nach dem Verufe der damaligen Zeit zur Gesetzgebung erörtert habe. Er erörtere sich, dieses Grundproblem neuerdings aufzuwerfen. Wenn wir aber der nationalen Wiedergeburt unseres Volkes und dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes zielbewußt und wirksam dienen wollten, dann müßten wir über alle Hemmungen hinweg tatkräftig auch der Reform des deutschen Rechts dienen. Gesetzgebung und Rechtsprechung dürften keine Fremdbörper im Volksgesetz sein. Von einem großen Auge müsse das gesamte Reformwerk der Rechtsentwicklung beherrscht sein. Die durch Krieg und Kriegswirkungen verursachte Ueberforderung der Gesetzgebung müsse tüchtigster Vereinfachung in den Grundgedanken und Zusammenfassung in den Zweckbestimmungen den Platz räumen. Dabei dürften Rechtsfindung und Rechtsprechung der Fortentwicklung in Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialleben nicht nachhinken, sondern müßten mit ihnen in gleichem Schritt marschieren. Von staatspolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Fortentwicklung sollten auch die auf den verschiedensten zivil- und strafrechtlichen Gebieten gelagerten Reformwerke durchdrungen sein, die jetzt in Vorbereitung sind und der möglichst baldigen Verabschiedung entgegengeführt werden sollen.

Dr. Bell ging dann auf verschiedene Teile der Rechtspflege genauer ein und streifte die im Werden begriffenen Reformarbeiten. Er sprach von der Reform des Aktienrechts und von der Strafrechtsreform. Er betonte, daß Theorie und Praxis befruchtend aufeinander einwirken müßten und daß niemals die Fühlung mit dem Leben verlorengehen dürfe. Dieser Schmerz erfülle alle an der Rechtspflege beteiligten Organe angesichts der Vertrauenskrise, die unsere Rechtspflege bedrohe. Aus lebhaften und zum Teil leidenschaftlichen Erörterungen klinge der Ruf: Das Recht in Rom! Alle Mann an Bord! — Wenn diese Sorge berechtigt sei, wenn Wunden am Rechtskörper zu heilen seien, so lägen hier Aufgaben, an deren Lösung jeder deutsche Jurist sein Bestes setzen solle. Im vaterländischen Interesse gebiete sich aber die beherrschende Mahnung, bei aller Kritik den Boden der Sachlichkeit nicht zu verlassen und sich vor verallgemeinernden Schlußfolgerungen zu hüten. Verhängnisvolle Ungerechtigkeiten würde es vor allem sein, den deutschen Richterstand für Verfehlungen und Mißgriffe Einzelner verantwortlich zu machen.

Der Redner erwähnte auch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und meinte, dieser Eintritt bedeute einen wesentlichen Fortschritt vom Standpunkt der Pflege des öffentlichen und internationalen Rechts aus. Die bedeutungsvollen Arbeiten der Juristentagung aber sollen dazu beitragen, daß sich Gesetz und Rechte nicht mehr, wie es das Dichterswort für die Vergangenheit ausgesprochen habe, wie eine ewige Krankheit fortzuschleppen. Die Parole des Juristentages solle lauten: „Wir müssen ringen um die Seele des Volkes!“

## Die Wahl der Nichtständigen.

Vorausichtlich am Mittwoch.

Das Bureau des Völkerbundes hat in seiner Montagssitzung beschlossen, am Mittwoch nachmittag eine Vollversammlung abzuhalten und das Projekt über die Erweiterung des Völkerbundesrates durchzuberaten. Am gleichen Tage oder noch in der Vormittagsitzung des Donnerstags soll dann die Wahl der nichtständigen Mitglieder vorgenommen werden.

Die Londoner „Times“ befaßt sich in ausführlicher Weise mit der Frage der Verteilung der nichtständigen Mitgliedschaft. In dem Bericht heißt es u. a., es sei keineswegs sehr leicht, für die neuen nichtständigen Mitgliedschaft geeignete Kandidaten zu finden. In verschiedenen Ländern, wie in Griechenland und Portugal, seien die politischen Verhältnisse so unsicher, daß eine Wahl dieser Staaten in den Völkerbundrat zur Zeit nicht wünschenswert erscheine. Die letzten Ereignisse in China ließen auch die Möglichkeit einer Kandidatur dieses Staates fraglich erscheinen. Für den Fall, daß China nicht gewählt werden sollte, werde man einen anderen asiatischen Staat kandidieren lassen, wahrscheinlich Persien oder Siam. Einer Vereinbarung zufolge soll Rumänien in diesem Jahr die Tschechoslowakei in der Vertretung der kleinen Entente im Völkerbundsrat ablösen. Ferner soll an die Stelle Schwedens Dänemark treten. Man rechne außerdem mit einer Wiederwahl Belgiens und einer Neuwahl Finnlands.

## Stresemanns Ausflug ins französische Gebiet.

In Begleitung von Familienangehörigen, sowie von Staatssekretär von Schubert und Dr. Gaus unternahm Reichsaussenminister Dr. Stresemann von Genf aus am Sonntag einen Automobilausflug nach Chamounix, am Fuße des Montblanc. Die Grenzüberquerung ging ohne Zwischenfall vonstatten, trotzdem die Delegationsautomobile aus der ganzen Fahrt die Reichsflagge führten. Chamberlain soll ebenfalls am Sonntag in Chamounix gewest haben, zu irgendwelchen Verhandlungen soll es hierbei jedoch nicht gekommen sein. Dagegen sind, wie erneut berichtet wird, bereits in der vergangenen Woche von englischer und belgischer Seite Vorschläge gemacht worden, eine Vermittlerrolle in den für Frankreich und Deutschland so wichtigen Fragen der Rheinlandsbesetzung zu übernehmen. Schon am Sonnabend hatte das Organ „L'Echo“, das „Petit Journal“, geschrieben, es könne nicht zweifelhaft sein, daß die französische Regierung einer deutschen Bitte um Herabsetzung der Rheinlandtruppen entsprechen werde, wobei sie ihrerseits Gegenforderungen stellen würde, die einen Beweis für den guten Willen Deutschlands bedeuten sollten.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 14. September 1926.

Am Sonntag ernannten die vereinigten Gemeinden Dietramszell und Schönbegg den Reichspräsidenten v. Hindenburg in feierlicher Weise zum Ehrenbürger. Die Bürgermeister sowie Mitglieder des Gemeinderates überbrachten dem Reichspräsidenten die Ehrenbürgerurkunde, zugleich mit einem Gemälde des Schlosses Dietramszell.

Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold empfing am Sonnabend die Beamten seines Ministeriums, um ihr Erhalte und Ziele der eingeleiteten Umbildung des Reichsfinanzministeriums darzulegen.

Unter Beteiligung von etwa 20 000 Allgäuern und zahlreichen Teilnehmern aus den benachbarten Gebieten fand am Sonntag in Memmen der zweite Allgäuer Katholikentag statt. Ministerpräsident Dr. Held sprach über die Pflichten des Katholiken gegenüber seinem Vaterlande.

Die große Anschließungsdebatte in Düsseldorf. Unter dem Motto „Donau-Rhein“ eröffnete Oberbürgermeister Dr. Lehr in der Rheinhalle eine große Anschließungsdebatte. Er wies auf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hin. Die Grundlage für ein gedeihliches Zusammenarbeiten im Völkerbunde sei die Gerechtigkeit, die auch allen Deutschen zuteil werden müsse. Reichspräsident Ebert hielt das Hauptreferat und führte aus: „Vorbei ist die Zeit, wo andere über uns bestimmten. Der Vorwurf, den Staatsmänner des Säbens und Westens uns machen, daß die österrreichs-deutsche Anschließungsbewegung eine Gefahr für die Befriedung Europas bedeute, ist unrichtig.“ Unter großem Beifall ergriff nunmehr Bundeskanzler a. D. Dr. Renner-Wien das Wort und führte aus, daß das Prinzip der nationalen Staatenbildung heute durch die ganze Welt gehe. Nur uns Deutsche wolle man davon ausschließen. Deutsch-Oesterreich sei früher der Kopf eines vielfältigen Staatengebildes gewesen und sei diesen Aufgaben immer gerecht geworden. Man habe verschiedene Nationen ihr Selbstbestimmungsrecht gegeben, es aber Deutsch-Oesterreich verweigert. So könne es seine großen Kulturaufgaben nicht erfüllen. Nur im Verbands mit Deutschland sei es möglich, den alten Kulturstand zum Nutzen der ganzen Welt wieder zu erreichen. In Genf sei man ernstlich bemüht, den Bund der Völker herzustellen. Aber die deutschen Stämme dürften sich nicht vereinen. Man vertritt die Idee eines Paneuropas; den Zusammenschluß der Deutschen aber bekämpft man.

Zur Verhaftung eines deutschen Obersten bei den Mandatieren der französischen Rheinarmee, angeblich wegen Spionage, wird aus Paris mitgeteilt, daß dies Gerücht dementiert werden könne. Es handle sich in dem vorliegenden Falle keineswegs um Spionage, sondern lediglich um die Uebertretung einer Verordnung des Hauptquartiers, wonach Deutsche ohne besondere Erlaubnis den Bewegungen französischer Truppen nicht folgen dürfen. Es bestehe daher kein Grund, dem Vorfall die Bedeutung und Schwere beizumessen, wie das geschehen sei.

## Rundschau im Auslande.

Der „Chicago Tribune“ wird aus Genf gemeldet, daß Besprechungen über die sofortige Aufnahme der Türkei in den Völkerbund unter gleichzeitiger Gewährung eines Sitzes im Völkerbundrat im Gange seien. Die Verhandlungen würden von de Jouvenel, dem früheren Oberkommissar von Syrien, geleitet.

Wie aus Brüssel berichtet wird, wird sich der belgische Minister Francaux auf Anregung Chamberlains, mit dem Banderbelle in Genf über die Finanzlage Belgiens Besprechungen hatte, in besonderer Mission nach London begeben.

Vondoner Blättern zufolge haben alle Bezirksverbände der Grubenbesitzerorganisation es abgelehnt, dem Bergwerksverband Vollmacht für Verhandlungen über die Regelung der Streitigkeiten im Kohlenbergbau auf nationaler Ebene zu erteilen.

## Die spanische Volksabstimmung.

Da alle diejenigen, die mit Primo de Rivera Regiment nicht einverstanden sind, bei der Abstimmung ausbleiben, bedeutet diese sonderbare Wahl also nur eine Sammlung von Zustimmung, jedoch ein „großer Sieg“ des Diktators sicher ist. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Gendaya soll die Polizei in Barcelona eine Reihe von Personen, die öffentlich für Stimmenthaltung bei dem Plebiszit eingetreten sind, verhaftet und mit einer Geldstrafe von je 500 Peseten belegt haben. Der Klerus habe nunmehr alle Gläubigen aufgefordert, das Manifest der patriotischen Union zu unterzeichnen. Dem Vertreter eines Pariser Blattes gegenüber äußerte sich der spanische Diktator über sein neues Parlament und den Zweck der bevorstehenden Nationalversammlung. Das neue Parlament würde sich nach keiner der bestehenden Formen richten. Man beschuldige Spanien oft, daß es veraltet und rückständig sei. Man werde sehen, wie es sich auf einen vollkommen modernen Weg begeben. Primo de Rivera fügte hinzu, er glaube, daß das Experiment allgemein interessanter werde. Er habe leidenschaftlich, daß sich in den Debatten Männer von Weisheit würden, denen er allzu gerne die Regierung übergeben würde. Denn er sei nicht zu seinem Vergnügen Diktator.

## Schwerer Stand der neuen griechischen Regierung.

Nach einer Meldung des „Journal“ aus Athen seien die mazedonischen Garnisonen starke Feindseligkeiten gegen die neue Regierung Konstantinopels. Ebenso machen sich auch in anderen Teilen des Landes Bewegungen in der Armee bemerkbar. In Athen wird das Parlament mit Anfanterie und Maschinengewehren bewacht. Einmalig rojalistische Vorkämpfer sind wieder freigelassen worden, Admiral Konduriotis hat sich geweiht, eine Proklamation zu unterzeichnen, die General Konstantinopels vorbereitet hatte und die Haltung der Regierung bei Unterdrückung des letzten Aufstandes rechtfertigen sollte. Admiral Konduriotis hat Athen verlassen.

## Am die Chorzow-Werte.

Der misshandete Haager Schiedspruch. Man muß sich fragen, welchen Zweck die Urteile des Haager Schiedsgerichts eigentlich haben, wenn es dem Schuldigen überlassen bleibt, sich zu fügen oder nicht. Bekanntlich ist im Haag erklärt worden, Polen habe kein Recht, die Städtewerke Chorzow zu beschlagnahmen. Sie seien deutsches Eigentum. Polen hat diesen Spruch einfach ignoriert.

Erst jetzt findet die polnische Regierung Gelegenheit, in einer Note an Deutschland den Vorschlag zu machen, Verhandlungen einzuleiten.

Gibt es da noch etwas zu „verhandeln“, nachdem im Haag das Urteil gefällt wurde? In der polnischen Note werden zunächst direkte Verhandlungen zwischen den Bayerischen Städtewerken und Chorzow über Entschädigungsansprüche vorgeschlagen und eventuell Verhandlungen beider Regierungen, wenn eine direkte Verständigung nicht erzielt wird.

Es wird dabei zunächst noch heftig dagegen protestiert, daß etwa über das Eigentumsrecht an Chorzow verhandelt werden könnte. Es müßten nur die Entschädigungen für die in Chorzow ausgeübten Patente vereinbart werden. Gleichzeitig wird von Konferenzen des Handels- und des Finanzministers berichtet, die die Anlage eines neuen polnischen Städtewerkes an einem anderen Orte betreffen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Handelsvertrag sollen am 28. September wieder aufgenommen werden.

## Die Freundschaft ist gefährdet.

Pariser Erregung über Mussolinis Anspielungen.

Die Rede Mussolinis vom Balkon des Palazzo Chigi in Rom anlässlich des neuen Attentats hat in Paris große Erregung hervorgerufen. Besonders der Satz:

„Man muß Schluss machen mit einer gewissen Kraftbaren und unerhörten Duldbarkeit jenseits der Grenze, wenn man wirklich auf die Freundschaft des italienischen Volkes Wert legt, eine Freundschaft, welche Ereignisse dieser Art verhängnisvoll gefährden könnten.“

Hierbei wurde Mussolini von dem Ruf unterbrochen: „Die Freundschaft ist bereits gefährdet.“

Der französische Vorkämpfer in Rom hat im Auftrag der französischen Regierung bei Mussolini offiziell gegen einen diesbezüglichen Zeitungsartikel Protest erhoben.

## Verhaftungen in Rom.

Die Polizei in Rom war peinlich überrascht, als sich herausstellte, daß der Attentäter La Scala Perzonalien angegeben hatte. Er heißt nicht Giovanni, sondern Gino Lucetti, ist 26 Jahre alt, Bauarbeiter und stammt aus Vercenza. Auch kam er nicht direkt aus Frankreich, wenn er auch seinen Wohnsitz in Marseille hatte, sondern befindet sich schon seit dem 2. Februar in Rom. Die Polizei hat Grund zur Annahme, daß er das Werkzeug einer weitverbreiteten Verschwörung ist. Es wurden deshalb zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

## Beginn der Kölner Herbstmesse.

Der Reichsjustizminister über die außenpolitische Lage.

Am Sonntag wurde die Kölner Herbstmesse eröffnet. Als erster Redner ergriff Oberbürgermeister Dr. Udenauer das Wort. Endlich schenke eine gewisse Erholung im Wirtschaftsleben eingetreten zu sein und allmählich der Aufstieg zu kommen, wenn auch langsam. Auch im Auslande sei eine Entspannung eingetreten. Dann sprach der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Dr. C. Duisberg. Er bat die gesamte deutsche Wirtschaft überall, wo es möglich sei, sich wissenschaftlicher Methoden zu bedienen und dabei die akademische Jugend heranzuziehen.

Während des Banketts, daß das Kölner Messenamt zu Ehren der Pressevertreter gab, erschien der Reichsjustizminister Dr. Bell im Saale und ergriff das Wort zu einer Rede, in der er in temperamentvollen Worten sich vor allem mit der außenpolitischen Lage beschäftigte.



Table with multiple columns of numbers, likely a lottery or financial record. Includes numbers like 356, 700, 170, 658, 296, 758, 040, 481, 52, 268, 443, 812, 798, 202, 382, 857.

Keine Kandidatur Schwedens auf einen königlichen Ratsh. Denf, 13. 9. Von Seiten der schwedischen Delegation wird erklärt, daß die schwedische Regierung keineswegs die Absicht habe, für einen königlichen Ratsh zu kandidieren.

Der Stadtbankhandl in Halle. — Oberbürgermeister Dr. Rive über den Standpunkt des Magistrates. Halle, 14. 9. Am Montag nachmittag fand die allgemein mit Spannung erwartete außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, auf der ausschließlich die Angelegenheit des Stadtbankhandels auf der Tagesordnung stand.

Die englischen Grubenbesitzer gegen das nationale Lohnabkommen. London, 13. 9. Nach der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der englischen Bergbauvereinigungen wurde ein offizieller Bericht herausgegeben, der besagt, daß alle Grubenbesitzervereinigungen außer der in Warwickshire den Vermittlungsvorschlag der Regierung auf der Basis des von den Bergarbeitern geforderten nationalen Lohnabkommens ablehnen.

Vor dem Ozeanflug des Kapitän's Fond. Paris, 13. 9. Nach einer Meldung aus Newyork bestehen Aussichten, daß Kapitän Fond seinen Flug über den Ozean mit seinem Riesenschiffzug bereits Mittwoch oder Donnerstag antreten wird.

Immer noch ungeklärte Lage in Griechenland. Belgrad, 13. 9. Nach Meldungen aus Athen ist die Lage in Griechenland noch immer ungeklärt. Die Athener Zeitung Hefstinal bringt die aufsehenerregende Meldung von einer internationalen diplomatischen Intervention zugunsten der Wiedereinsetzung des Königs Georg des II. Dieser Meldung zufolge hätten sich die auswärtigen Ministerien von England, Jugoslawien und Rumänien bereit erklärt, bei dem Präsidenten Condulio Schritte zu unternehmen wegen einer Rückberufung des verwandten Königs für den Thron.

Typhus auch in Magdeburg. Berlin, 14. 9. Wie die Morgenblätter aus Magdeburg melden, ist nach Mitteilung der Magdeburgischen Zeitung jetzt bekannt geworden, daß Anfang September Typhus in der Magdeburger Vorstadt Wilhelmstadt eingeschleppt wurde.

Beste Nachrichten

Die Epidemie in Hannover.

Hannover, 14. Septbr. Ueber die amtlich gemeldete Ziffer von 637 Typhuskranken (bei 13 Todesfällen) werden von nichtamtlicher Seite Zahlen bezüglich der Erkrankungen genannt, die weit über die genannte Ziffer hinausgehen. Man spricht teils von 780 Typhusfällen, teils sogar von rund 1000 Erkrankten.

Ein Siebzehnjähriger als Eisenbahnattentäter.

Hamburg, 14. Septbr. Einer amtlichen Mitteilung zufolge konnte ein 17jähriger Fürsorgezögling festgenommen werden, der auf die Eisenbahnschienen bei Neumünster einen größeren Stein gelegt hatte.

Vortens 700-Jahrfeier.

Vorten (Westfalen), 14. Septbr. Die 700-Jahrfeier der altherwürdigen Stadtgemeinde Vorten ist durch einen großen Fackelzug, durch Festgottesdienst, durch die Einweihung eines Kriegerdenkmals, durch einen Festakt und einen großen historischen Festzug in sehr harmonischer Weise begangen worden.

Neuer Versuch Bierfütter.

Söln, 14. Septbr. Bierfütter ist zusammen mit seinem Trainer Varenchee erneut nach Calais abgereist, um durch einen abermaligen Ueberquerungsversuch den Weltrekord im Kanalswimmen wieder an sich zu reißen.

Die Vereins-Wintervergügen beginnen

Advertisement for Buchdruckerei von Carl Jehne. Includes text: 'Sachere Ausführung', 'Rasche Lieferung', 'Solide Preise'. Address: Dbertorplatz 157, II.

Produktenbörse zu Dresden

Inländischer neuer Weizen (73 kg) 27,50—27,50, dgl. 68 kg 25,70—26,20. Inländischer neuer Roggen (70 kg) 22,00—22,50, dgl. 66 kg 20,70—21,00.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhofe Dresden

1. Rind: D h e n: a) vollfleischige, ausgewässerte, höchsten Schlachtgewichtes: 1) junge 56—60, 107, 2) ältere, 47—53, 96, b) sonstige vollfleischige: 1) junge 39—42, 81, 2) ältere 32—37, 73, c) fleischige —, —, d) gering genährte 27—32, 65.

wertes 58 bis 62, 103; sonstige vollfleischige 48 bis 54, 98. — Rind: a) beste Mast- und Schlachtkühe 84—88, 139, b) mittlere Mast- und Schlachtkühe 76—80, 130, c) geringe Rinder 70—72, 126.

Gewerbeverein Heute Dienstag, abend 8 Uhr in der „Reichskrone“ Lichtbildervortrag Gegen Erstattung von 2 Mark (Halbjahresbeitrag) werden Ausweise am Saaleingang ausgegeben.

Erhielt Telephonanschluß Nr. 264 Otto Fleischer Dippoldiswalde

Landwirte! Benutzt zur Aussaat nur Edelanlag. Es dürft für höchste Erträge und bessere Ueberwinterung der Saaten. Bis 50 Prozent Samenrisiko. Die starke Verunreinigung, der hohe Prozentatz an geringen Körnern zwingt jeden Landwirt sein Saatgetreide reinigen zu lassen.

Advertisement for A. Schönberger, Reichstädt. 'Empfehle mich zum Aufbereiten von Saatgetreide'. 'Jahresliche Referenzen! (Zentner 50 M.) Glänzende Erfolge! Fachmännischer Vertreter für fertigen Beigut zum Verkauf zweier erstklassiger Marken-Schreibmaschinen bei hoher Provision gesucht.

Advertisement for Weißnäherei und Schneiderei. 'Wie zur Anfertigung eigener Garderoben und Ausstattungen empfiehlt Ihnen am 15. 9. bez. 1. 10. beginnenden Kursus Dbertorplatz 157, II. Susanne Guride.'

Advertisement for a used threshing machine and carriage. 'Eine gebrauchte Dreschmaschine für Kraftbetrieb sowie ein Einspanner-Kutschwagen (Sandschneider) fast neu, preiswert zu verkaufen.'

Advertisement for a young girl. 'Ein Mädchen, welches das Maschinenreiden lernen will, wird angenommen bei Hermann Kothge.'

Advertisement for a girl. 'Mädchen in die Landwirtschaft für bald oder 1. 10. bei Familienanschluss gesucht. Niedersachsenstr., Ost Nr. 19.'

Advertisement for 2 new Adler typewriters. '2 neue Adler-Schreibmaschinen verkauft H. Estler, Schmiedeberg.'

Advertisement for Birns and Pflaumen. 'Birnen und Pflaumen verkauft Försterei Langwitz b. Reichen.'

Advertisement for spirit lamps. 'Spirituslampen für Kontorbedarf Elefant-Drogerie.'

Advertisement for sulfur. 'Schwefel in Pulver, Fäden, Stangen und Tärmen Elefant-Drogerie.'

Advertisement for electrical grinding. 'Die elektr. Schleiferei von Wendelin Hocke empfiehlt sämtliche Solinger Stahlwaren Garantie für feinsten Schnitt Drucksachen: C. Jehne'

Advertisement for a poultry breeding club. 'Geflügelzüchterverein Dippoldiswalde Donnerstag am 16. September, abends 8 Uhr, im Steinbrunn-Restaurant. Versammlung Der Vorstand. Möbl. Zimmer zu vermieten Nicolaistraße 191. Zum Grutefest empfiehlt sämtliche Backwaren in bester Qualität Kokoschnitzel Palmöl, Margarine und Schmalz hochfeine, frischgez. Kaffee's 1/4 Pf. 90, 100, 110 u. 120 Pf. sowie sämtliche getrocknete Gemüse Bruno Schelbe Koch-Alfred Fischer Ritzplatz. Wohnungswächter empfiehlt Carl Degner Auf 118'





Der Kilimandscharo

# Deutschland in Afrika

Der diesjährige Monat September ist für die deutsche Kolonialgeschichte von besonderer Bedeutung. Vielleicht bildet er sogar einen Wendepunkt, denn im September soll, aller Voraussicht nach, Deutschland in den Völkerbund antreten und mit der Einnahme des geforderten **französischen** Ratsfizes auch in dem Mandatssystem über die ehemaligen deutschen Kolonien mitsprechen. Doch darüber weiter unten.

Hier wollen wir zunächst des heurigen Septembers gedenken, daß in ihm, am 27., Dr. Karl Peters, einer unserer verdienstlichsten und darum wohl seinerzeit auch am schärfsten bekämpften Afrikaforscher, siebenzig Jahre alt geworden wäre, hätte ihn nicht ein tüchtiges Leiden und der Genuß über die ihm damals widerfahrte Behand-

lung werden, daß es großer Mühen bedurfte, um im deutschen Volke die Saat des Kolonialgedankens ausstreuen und reifen zu lassen, aber nachdem sie erst einmal begriffen war, wurde sie auch wurzeln und beständig. Und darum ist es auch zu verstehen, daß der Wille, wenigstens einen Teil unserer Kolonien wieder zurückzuerhalten, unbeirrbar ist und täglich neue Stärkung erhält, wie noch kürzlich auf dem Kolonialtage in Hamburg. —



Dar es Salam

Mit welcher Genuß ist nun die Wagnahme der deutschen Kolonien und ihre Unterstellung unter die Mandatsverwaltung anderer Nationen motiviert worden? In den beiden Noten vom 16. Juni 1919, mit denen durch ein Ultimatum die Annahme des Versailler Diktats erzwungen wurde, ist die Antwort gegeben: Wegen deutscher kolonialer Unfähigkeit und Unwürdigkeit! Diese Behauptungen sind längst als unrichtig erwiesen und durch die Erklärung in Locarno, daß Deutschland im Falle seines Eintrittes in den Völkerbund ebenso wie andere Mitglieder für Kolonialmandate kandidieren könne, von den Alliierten selbst ausgegeben worden. Noch 1918 schrieb ein französisches Kolonialfachblatt: „Deutschland war nahe daran, den höchsten Rang unter den Kolonialvölkern einzunehmen.“ Heute, nach zehn Jahren, wird die deutsche Kolonisation geschmäht und verachtet! Trotzdem darf in Deutschland der Kolonialwille nicht zum



Windhut

Erliegen kommen, und die Erörterungen in der Presse zeigen ja auch erfreulicherweise, daß er heute lebendiger ist denn je! Alles aber hängt von der Gegenseite ab, von Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund, und dann auch noch von der Frage, ob Deutschland am Kolonialmandatssystem beteiligt wird oder nicht. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte bereits in seinem Memorandum vom September 1924, in dem er die Voraussetzung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund darlegte, hervorgehoben, daß Deutschland erwarte, zu gegebener Zeit aktiv an dem Mandatssystem beteiligt zu werden. In Locarno ist dann die Uebertragung von Kolonial-

mandaten zwar nicht Gegenstand schriftlicher Abmachungen gewesen, wohl aber ist, wie erst kürzlich der englische Ministerpräsident Baldwin auf Anfrage im Unterhaus feststellte, der deutschen Delegation mündlich mitgeteilt worden, daß Deutschland, sobald es Mitglied des Völkerbundes sei, ein möglicher Kandidat für Kolonialmandate wie jedes andere Mitglied sein würde. Er fügte hinzu, daß ein bestimmtes Versprechen nicht gegeben sei, und daß nach englischer Auffassung das englische Mandat über Deutsch-Ostafrika dauernd sei.

Die letzte Auffassung ist zweifellos unrichtig. Nirgends ist, wie auch ausdrücklich von dem ehemaligen deutschen Gouverneur Dr. Schnee betont wird, weder



Major von Wisemann

im Vertrag, noch in der einen integrierenden Bestandteil des ersteren bildenden Völkerbundvertrag irgend etwas von einem selbständigen dauernden Recht des Mandatars auf das Mandatargebiet gesagt. Im Gegenteil heißt es ausdrücklich in der **Völkerbundverfassung**, daß die betreffenden Nationen die **Vormundschaft** lediglich als Mandatare des Bundes unter keinem Namen führen. Der Völkerbundrat hat übrigens selbst kürzlich die Auffassung der Permanenten Mandatskommission gebilligt, wonach die Mandatsmächte in keinem Teile des ihnen anvertrauten Mandatsgebietes andere als Verwaltungsrechte besitzen. Hieraus geht hervor, daß der Völkerbundrat — und zwar unter Zustimmung des englischen Vertreters — eine andere Meinung von dem Kolonialmandat hat als die, die der englische Premierminister in dem Unterhause in London betreffend Deutsch-Ostafrika zum Ausdruck gebracht hat.

Darum, so sagt Dr. Schnee weiter, können sich die Mächte, die den Locarno-Vertrag geschlossen und damit den Weg der Verständigung betreten haben, der Forderungen bezüglich der Kolonialmandate nicht entziehen. Sie sind hinsichtlich einiger Mandatsgebiete in ihren Entschlüssen lediglich an die Zustimmung des Völkerbundes gebunden, ohne daß die Mitwirkung einer anderen Macht oder eines englischen Dominions als Mandatar in Frage käme. Es sind dies Deutsch-Ostafrika, in dessen Hauptteil England allein, sowie Kamerun und Togo, in denen zum größten Teil Frankreich, zum kleineren Teil England das Mandat wahrnehmen. Die Uebertragung des Mandates über diese afrikanischen Kolonien auf Deutschland würde eine Tat ebenso der Gerechtigkeit wie einer weisen Politik sein. Daß das überbevölkerte Deutschland, das auf seinem zu kleinen Gebiete eine Erweiterung seiner Bodengrundlage über See erhält, auf der es Nahrungsmittel und Rohstoffe erzeugen kann, ist nicht nur eine Notwendigkeit für uns Deutsche, sondern liegt ebenso im Interesse der ruhigen Zukunftsentwicklung Europas.



Karl Peters

lung bereits am 10. September 1918 dahingerafft. Was Dr. Peters, der Sohn eines mit Kindern überreich gesegneten Landpastors am Rande der Lüneburger Heide, aus Neuhaus an der Elbe, Deutschland und dem deutschen Kolonialgedanken überhaupt gewesen ist, daran erntet jetzt die Engländer, die das uns im „Frieden“ von Versailles abgenommene und ehemals von Dr. Peters erschlossene und erforschte Deutsch-Ostafrika „verwalten“ und nach Aeußerungen ihrer Presse und Staatsmänner gar nicht daran denken, es je wieder herauszugeben.

Wir gedenken heute auch eines Hermann von Wissmann, der gleichfalls im September, drei Jahre vor Karl Peters, geboren wurde. Anfangs Erforscher Westafrikas, wurde er später Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, wo er gemeinsam mit Peters tätig war und große Erfolge in der Kolonisierung erzielte. Am 2. Februar 1889 war Wissmann von der deutschen Regierung hinausgeschickt worden, um den gefährlichen Eingeborenenaufruhr in Ostafrika niederzuwerfen, und als er sich von Bismarck, dem damaligen Reichskanzler, verabschiedete, sagte ihm dieser: „Ihre einzige Instruktion ist, zu siegen. Betrachten Sie sich als des Kaisers Reichskanzler in Ostafrika!“ Wissmann hat auch die auf ihn gesetzten Hoffnungen vollumfänglich erfüllt.

Wir gedenken heute auch des unglücklichen Tages, an dem im Weltkrieg, am 3. September 1918, nach Ueberwindung tapfersten Widerstandes die Engländer Dar es Salam besetzten! Was damals Lettow-Vorbeck und die Seinen, Weiße und Farbige, in Afrika geleistet und erduldet haben, wird in der Geschichte der Kolonialkriege aller Zeiten unvergessen bleiben!

Große und größte deutsche Männer haben einst in den Deutschen Kolonien gewirkt und waren auch vom Ausland anerkannte Träger europäischer Kultur. Heute wird Deutschland von eben jenem Auslande jede Fähigkeit zum Kolonisieren abgetrocknet! Allerdings darf nicht über-

Die 1928  
Rechnungs  
zahlungen  
Betriebs  
der für  
lich fällt  
Die a  
hiernach  
terminlich  
schlagbere  
an die St  
Stadt  
Dippol  
w e r b e  
öffnet, die  
vielerlei  
Marine-  
„Lustsch  
heit, G  
schwere  
boten, daß  
man des  
wurde. R  
schiffbaue  
Frage: „W  
— ohne da  
— gestern  
fangs sogen  
Form über  
tere beiden  
w e r t i g e  
Nach Erfr  
schiff für  
Seekrieg n  
kann. Sei  
in der Le  
seinem We  
Technik de  
Frage kom  
oder einge  
bar höhere  
ersparnis.  
und Lustsch  
der Entent  
zeigt, daß  
Lustschiffe  
den Ingeni  
und Ameri  
zahlreicher  
wertes un  
nen: Lustsch  
innen; Ein  
schiffahrt  
bens- und  
merkensme  
nisse von  
Kriegsfa  
Bulgarien  
würdigste  
sicht, unse  
nach dem  
Landchafts  
Zukunft w  
manches ar  
achtung von  
Abnung d  
schiffes, v  
Schlüsse de  
Hoffnung  
Jahören e  
er sich gew  
der reiche  
nur auf  
Der Geme  
sein. Hätte  
boten wurd  
— Top  
nerstag, de  
Eilung: R  
Kontinental  
bet. —  
Inländerbar  
Weltberp  
liche Eilun  
Dippol  
heute vor  
Dionos.  
honn Stie  
liegt auf bi  
— Lieb  
Beferung de  
sch nicht r  
wir. Mar  
liche Lage  
ordnung hi  
den Landge  
ermittlung  
drücklich du  
in zu w  
tächlich geb